

Beschlossen auf dem Landesparteitag am 23. und 24.11.2019

Erklärung des Parteitages der Partei DIE LINKE, Landesverband Schleswig-Holstein Lübeck, 23. November 2019

Die LINKE Schleswig-Holstein erklärt ihre Solidarität mit dem ins Exil getriebenen Präsidenten Boliviens Evo Morales. Wir fordern die Bundesregierung auf, die sog. Interimsregierung unter Jeanine Anez nicht anzuerkennen.

Präsident Evo Morales hatte bereits erklärt, Neuwahlen durchführen zu lassen, da das Wahlergebnis vom 20. Oktober dieses Jahres angezweifelt wurde. Er wollte dies im Zeitraum seiner noch bestehenden Präsidentschaft tun. Mit Unterstützung der Polizei- und Militärführung wies die jetzt eingesetzte Regierung dieses Vorgehen zurück und ließ sich an die Macht putschen. Unmittelbar nach der Einsetzung dieser demokratisch nicht legitimierten Regierung begann die Verfolgung derjenigen, die sich gegen die Politik von Anez wenden und die Achtung der demokratisch gewählten Regierung fordern. Damit steht diese Regierungsbildung in der unrühmlichen Tradition von Militärputschen in Lateinamerika, es sei hier nur an den Militärputsch in Chile erinnert, der 1973 die gewählte Regierung Allende durch die brutale Pinochetjunta an die Macht brachte. Evo Morales verließ Bolivien, um der Verfolgung durch die neuen Machthaber zu entgehen und erhielt Asyl in Mexiko.

Wir fordern die Bundesregierung auf, sich mit allen diplomatischen Mitteln gegen die Abschaffung der Demokratie in Bolivien einzusetzen. Glaubwürdiges Eintreten für Demokratie verlangt deutliche Worte.